

Das Recht auf Vergessen im Internet

EU-Vizepräsidentin Viviane Reding nimmt Google und Facebook ins Visier

VON MARIANNE TRUTTMANN

Die EU-Kommission möchte, dass private Daten im Internet berichtigt oder gelöscht werden können. Zudem soll die Verwendung von Surfdaten transparenter werden.

Im Unterschied zum menschlichen Gedächtnis ist das Internet gnadenlos. Ist eine Information oder ein Bild einmal im Netz, können sie kaum mehr entfernt werden. So kann beispielsweise ein in jugendlichem Leichtsinn online gestelltes Partyfoto später eine Stellenbewerbung gefährden. Zudem können freizügige Fotos Sexualtäter anlocken. Jeder sollte „das Recht vergessen zu werden“ haben, wenn seine Daten nicht länger gebraucht werden oder wenn er will, dass seine Daten gelöscht werden, fordert EU-Vizepräsidentin Viviane Reding, zuständig für Justiz, Grundrechte und Bürgerschutz. Dafür soll die EU-Datenschutzrichtlinie aus dem Jahr 1995 entsprechend angepasst werden.

„Der Schutz personenbezogener Daten ist ein Grundrecht“ erklärte Reding bei der Vorstellung der neuen EU-Strategie zur Stärkung des Datenschutzes Anfang November. Danach sollen Sammlung und Nutzung personenbezogener Daten auf das erforderliche Mindestmaß beschränkt werden. Jeder sollte überdies klar und in transparenter Weise darüber informiert werden, wie, warum, von wem und wie lange seine Daten gesammelt und verwendet werden, stellt sich die Kommission vor. Diese Informationspflicht soll für Internetdienstleistungsanbieter und Suchmaschinen gelten. Jeder sollte die Möglichkeit haben, der Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten nach vorheriger Aufklärung freiwillig zuzustimmen, beispielsweise beim Online-Surfen. Benutzer sollten dabei informiert werden, wie ihr Internet-Gebrauch für Werbezwecke verwendet wird. Den Internet-Nutzern müsse bewusst gemacht werden, wenn Online-Anbieter ihnen aufgrund von früher besuchten Webseiten Angebote machen.

Schließlich soll die Möglichkeit bestehen, die Daten zu berichtigen oder zu löschen. Dieses Recht soll gemäß den Vorstellungen der Kommission frei und ohne Einschränkungen ausgeübt werden können. Wie das alles im riesigen Datenmeer, das für viele kommerzielle Interessen genutzt wird, durchgesetzt werden soll, bleibt vorläufig unklar.

Die EU legt sich damit mit Konzernen wie Facebook und Google an, die mit neuen Geschäftsmodellen Milliarden Gewinne einfahren. Neben gesetzlichen Maßnahmen zieht die Kommission auch die Förderung von Aufklärungskampagnen sowie Selbstregulierung und Zertifizierungen in Betracht. Um die Wirtschaft dafür zu gewinnen, argumentiert Reding mit der Verringerung des Verwaltungsaufwandes und der Gewährleistung gleicher Rahmenbedingungen. Heute werden die Datenschutzbestimmungen in den einzelnen EU-Ländern unterschiedlich umgesetzt, womit nicht immer klar ist, welche Vorschriften gültig sind.

Schließlich soll auch bei Daten, die in ein Drittland übermittelt werden, ein hohes Datenschutzniveau gewährleistet werden. Nachdem die EU-Kommission bis Mitte Januar eine Konsultation über diese Strategie durchgeführt hat, soll im Frühling ein konkreter Vorschlag präsentiert werden. Beim EU-Datenschutzbeauftragten Peter Hustinx stoßen die Vorschläge auf positives Echo. In seiner Mitte Januar veröffentlichten Stellungnahme fordert er jedoch anspruchsvollere Lösungen, um das System effektiver zu gestalten und den Bürgern eine bessere Kontrolle über ihre personenbezogenen Daten zu bieten. So müssten die Richtlinien praktischer werden. Anbieter sollten den bestmöglichen Datenschutz bereits von vornherein in ihr Produkt einbauen, damit Nutzer nicht erst komplizierte Einstellungen ändern müssen. Ausdrücklich begrüßt Hustinx auch die Möglichkeit, persönliche Daten wieder zu löschen, gleich wie beispielsweise verjährte wieder aus dem Strafregister gestrichen werden. Laut Hustinx wird die

bisher bestehende Kluft zwischen den Auffassungen der EU und den USA bezüglich Datenschutz immer geringer. Er rechnet damit, dass es bis 2015 zu einer Einigung über den Schutz persönlicher Daten kommt, wie er gegenüber der österreichischen Presse erklärte. Die USA hätten lange auf eine Selbstregulierung im Internet gehofft und keine klaren Grenzen gesetzt. Seit 9/11 habe sich dies bei der Verbrechensbekämpfung geändert, während im kommerziellen Bereich einiges nachzuholen sei. Gleichzeitig macht Hustinx auch auf das Kernproblem aufmerksam. Weil die Menschen gewohnt sind, im Internet alles gratis zu bekommen, kümmern sie sich zu wenig darum, wo überall ihre Daten landen können. „Es gibt viel mehr Bedrohungen im Internet, als den meisten Menschen bewusst ist“.

Konferenz: „Keine Privatsphäre im Netz?“

Informationen abrufen, online einkaufen, Bankgeschäfte tätigen, den Urlaub buchen oder soziale Kontakte pflegen – die Dienstleistungen, die das World Wide Web anbietet, sind mittlerweile Teil des modernen Alltags. Welche Risiken der unkritische Umgang mit dem Medium Internet und das bedenkenlose Preisgeben von persönlichen Daten birgt, darauf möchte die Konferenz „Keine Privatsphäre mehr im Netz?“ hinweisen, die heute im Cercle Cité stattfindet. Welche Chancen und Risiken für unsere Freiheiten und Grundrechte ergeben sich aus der Nutzung des Internet? Alexander Dix, Datenschutzbeauftragter des Bundeslandes Berlin wird als Hauptreferent Stellung beziehen. Als Vertreter von Facebook wird Richard Allan seine Ansicht über das zukünftige Los der Privatsphäre im Internet darlegen. An der anschließenden Diskussionsrunde nehmen zudem der Abgeordnete Lucien Thiel, Vorsitzender der parlamentarischen Kommission für Medien und Kommunikation, René Schlechter von 12345 KannerJugendTelefon, sowie Vertreter des Chaos Computer Club Luxemburg teil. (mk)

Die Konferenz in deutscher Sprache mit englischer Simultanübersetzung findet heute um 19 Uhr im Cercle Cité (Place d'Armes) statt. Der Eintritt zur Veranstaltung ist frei.